

4. Politische Neutralität der Volksschule

Interpellation Marc Bourgeois (FDP, Zürich), Anita Borer (SVP, Uster), Kathrin Wydler (CVP, Wallisellen) vom 17. September 2018

KR-Nr. 290/2018

Ratspräsident Roman Schmid: Die Geschäftsleitung beantragt Ihnen reduzierte Debatte. Sind Sie damit einverstanden? Nein.

Ordnungsantrag

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Die SVP-Fraktion verlangt freie Debatte.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Für den Ordnungsantrag stimmen 66 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Das Geschäft wird in freier Debatte behandelt.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Wir behandeln heute ein Thema, das wir in diesem Rat bereits mehrfach behandelt haben. Dass die Volksschule politisch neutral sein soll, ist unbestritten. Die Fragestellung: Wie soll die Umsetzung dieses wichtigen Verfassungsgebots zur politischen und konfessionellen Neutralität der Volksschule erfolgen? Soll sie überhaupt erfolgen? Wieso ist das wichtig? Es hat in der Geschichte noch nie eine politische Mehrheit gegeben, die öffentlich bestätigt hat, dass sie Kinder politisch beeinflusst, und trotzdem – und das wissen wir alle – ist es leider so, dass das zu allen Zeiten geschehen ist. Unseres Erachtens reicht es deshalb nicht, wenn das Neutralitätsgebot nur auf übergeordneter Stufe, Verfassungs- oder Gesetzesstufe, geregelt ist. Das ist ein bisschen naiv, auf die Umsetzung kommt es an.

Nun haben wir von der Bildungsdirektion ausführliche sachliche Beschreibungen zum Status quo erhalten, vielen Dank hierfür. Das Fazit der Antworten, auch wenn der Ausdruck vermieden wird: Es herrscht im Wesentlichen Selbstkontrolle und es braucht keinerlei Massnahmen oder Aufsicht, um dieses Verfassungsgebot durchzusetzen. Nun sind in der Verordnung auch andere Dinge geregelt, zum Beispiel das Gleichstellungsgebot, das Recht auf Bildung und so weiter. Niemandem käme in den Sinn, das reiche, wenn das in der Verfassung steht. Zu all diesen Bereichen gibt es zahllose Gesetze, Verordnungen, Stellen, Berichte und so weiter, nur bei der politischen Neutralität herrscht offenbar die Ansicht: Wenn es in der Verfassung steht, wird es schon stattfinden. Das ist herzensnaiv. So stand mal in Artikel 148 einer Verfassung, ich zitiere: «Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, dass die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden.» Diese Verfassung galt von 1933 bis 1945 in Deutschland. Offenbar war man damals auch der Ansicht, das reiche. Trotzdem, wir wissen es, wurden Kinder systematisch instrumentalisiert. Klar, die Realitäten sind heute

ganz andere. Aber Sie sehen an diesem Beispiel schön, dass Papier beliebig geduldig ist.

Es gibt nur zwei Kontrollinstanzen, die erste, das sind die Kinder, die offenbar schon im Volksschulalter politische Einseitigkeit erkennen müssen und ihre Lehrpersonen, von denen sie abhängen, auf dem Dienstweg verpetzen müssen, und die Schulpflege, die vielleicht zweimal pro Jahr vorbeischaute.

Ich gehe auf einzelne Punkte der Antwort ein: Ich beginne aus aktuellem Anlass bei den ausserschulischen Akteuren, auch hier – wie überall – ist angeblich alles in Ordnung. Ich habe hier zwei Listen, eine vom Netzwerk BNE (*Bildung für Nachhaltige Entwicklung*), Education 21, ein offizieller Anbieter für BNE, unterrichtsergänzende Ausbildungen, und eine Liste der Unterstützer der Unternehmensverantwortungs-Initiative. Die beiden Listen sind weitgehend deckungsgleich. Wir finden da Alliance Sud (*entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft verschiedener schweizerischer Hilfswerke*) auf beiden Listen, Amnesty International (*Menschenrechtsorganisation*), Helvetas (*Entwicklungshilfswerk*), Public Eye (*Menschenrechtsorganisation*) und viele andere. Es handelt sich hier ausnahmslos um politische Player, die Stellung zu politischen Geschäften nehmen oder gar selbst Volksbegehren lancieren. Wieso, glaubt die Bildungsdirektion, bieten diese Organisationen Schulunterricht an? Glauben Sie im Ernst, dass diese Organisationen einerseits fünf- bis sechsstellige Beträge in eine Initiative investieren und zugleich rein altruistisch Unterrichtseinheiten anbieten, ohne dass sie damit die Botschaften ihrer Organisation platzieren können? Dann stelle ich hier den Antrag, dass auch die FDP den Kindern die Welt erklären darf, natürlich politisch völlig neutral, steht ja in der Verfassung, also ist das auch so.

Die Lehrer müssten halt für ein Gleichgewicht sorgen, heisst es seitens der Bildungsdirektion. Nur ist dieses Gleichgewicht, wenn man diese Liste anschaut, etwas schwierig herzustellen, wenn alternative Sichtweisen in den Angeboten fehlen. Ich sage es deutsch und deutlich: Wir sehen es sehr kritisch, wenn ausschliesslich linke Kampagnenorganisationen und Grosssponsoren linker Initiativen, wie Public Eye oder Amnesty International, unseren Kindern Schulstunden erteilen können. Politische Bildung geht auch anders, ich erinnere zum Beispiel an «Discuss it». Oder ich war kürzlich mit Vertretern verschiedenster Parteien an einer gesellschaftspolitischen Woche des Realgymnasiums. So läuft das und so ist es auch korrekt.

Zu den offiziellen Lehrmitteln: Auch hier ist alles in bester Ordnung. Hier wird noch quasi eine Kontrolle konstruiert, die es angeblich gibt, und zwar erteile ja der Bildungsrat mit seiner Lehrmittelkommission die Aufträge an den Lehrmittelverlag. Das Dumme ist nur: Der CEO des Lehrmittelverlags (*Beat Schaller*) sitzt selber in der Lehrmittelkommission; so viel zu Best Practice in Governance in der Bildungsdirektion. Kurz: Auch hier gibt es eigentlich nur Selbstkontrolle.

Zu den Lehrpersonen: Auch hier Selbstkontrolle. Es sei halt Aufgabe der Lehrpersonen, die Inhalte neutral wiederzugeben. Das ist etwa so, wie wenn Autofahrer selber die Einhaltung der Tempolimiten überprüfen würden. Da muss man schon sehr an das Gute im Menschen glauben.

Dann die Schulleitungen: Ich frage mich, würde es die Bildungsdirektion tolerieren, wenn gewisse Schulleitungen regelmässige Teilnahme an Anti-Abtreibungs-Demos tolerieren würde und dafür am Mittwochnachmittag Nachholgefässe bereitstellen würde. Das findet nämlich statt, nur nicht bei Anti-Abtreibungs-Demos, sondern bei Klima-Demos. Oder wenn diese Kreise wochenlang Schulhäuser mit ihren Forderungen tapezieren würden. Ich denke, die Bildungsdirektion würde relativ schnell einschreiten. Offenbar hängt es von den politischen Inhalten ab, was die Bildungsdirektion zu tolerieren bereit ist. Das wäre dann das Gegenteil von politischer Neutralität.

Zur Aufsicht durch die Schulpflege: Wir glauben auch nicht, dass die Schulpflege ein geeignetes Aufsichtsgremium ist. Dazu hat sie einerseits zu wenig Innensicht und ist andererseits ja selbst politisch aufgestellt. Die Schulpflege will ja das Schultheater der Lehrpersonen sehen und nicht unterrichtsexterne Angebote politischer Akteure. Dann kommt sie nämlich gar nicht erst, die Schulpflege.

Nun argumentiert die Bildungsdirektion: Wenn es bei 8000 Klassen nie eine Beschwerde gebe, dann gebe es wohl auch keine Verstösse. So naiv kann man nicht im Ernst sein. Es ist keine Woche her, da ist unsere Tochter im Realgymnasium in der Probezeit zurückgekommen und hat sich bitter beschwert, eine Lehrperson von ihr habe sich mehrere Minuten lang negativ und abfällig im Unterricht über die SVP geäussert. Ich sage den Namen der Lehrperson nicht. Sie wollte der Bildungsdirektorin (*Regierungspräsidentin Silvia Steiner*) einen Brief schreiben. Ich habe gesagt: «Weisst du was? Du bist in der Probezeit, mach es nicht.» Und genau so wird es dort eben auch laufen: Man schweigt, hockt «uf d'Schnurre».

Zusammenfassend: Die Antworten entsprechen der Standardantwort aus der Bildungsdirektion, es ist alles in Ordnung. Bei einem so zentralen Verfassungsgebot glauben wir aber nicht, dass Selbstkontrolle oder Kontrolle durch Kinder geeignete Instrumente sind. Und das bestätigt sich auch im Alltag. Wir erwarten von der Bildungsdirektion, dass sie hier genauer hinschaut. Eine Idee wäre zum Beispiel, bei all den Zwangsweiterbildungen für jeden Käse, die es ohnehin gibt, vielleicht auch in diesem Bereich eine Zwangsweiterbildung zu machen und die Lehrpersonen ein bisschen zu sensibilisieren. Denn ich glaube, oftmals passiert das nicht mal absichtlich. Wir reden hier von einem Minimalstandard in einem aufgeklärten demokratischen Staat. Wer nichts zu verstecken hat, hat auch nichts gegen griffige Regeln und Kontrollen. Oder umgekehrt: Wer etwas gegen griffige Regeln hat, hat wohl etwas zu verbergen. Denken Sie daran, der Wind kann auch mal kehren, und dann sind manche vielleicht froh um eine gewisse Aufsicht in diesem Bereich. Besten Dank.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Bereits zu den PI 287/2018 und 288/2018 hatten wir Stellung genommen und hoffen, dass unsere Botschaft damals angekommen ist. Jetzt behandeln wir die Interpellation, die eng mit diesen PI zusammenhängt, und wir hoffen ebenfalls oder gehen davon aus, dass die Bildungsdirektion bestrebt ist, dass die Volksschule weiterhin politisch neutral ist und bleibt. Mein Kollege Marc Bourgeois hat sich schon ausführlich dazu geäussert. Wir möchten nur noch einige Punkte ausführen: Vielleicht sollte man sich die bereits damals

erwähnte berechnigte Frage stellen, ob die Lehrpersonen einer politisch-konfessions-neutralen Eignungsprüfung unterstellt werden sollen. Denn Lehrpersonen haben einen grossen, einen ganz grossen Einfluss auf die Weltanschauung der ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler. Die Frage können wir teils aber auch selbst beantworten. Wir sind nämlich überzeugt, dass die Lehrpersonen ein Berufsethos haben und dass sie dieses auch umsetzen. Dennoch ist auf politische und weltanschauliche Neutralität der Volksschule besonderes Gewicht zu legen. Die Schulleitungen sollen Schule leiten, Lehrpersonen sollen Schule geben. Die Schulpflegen haben die Oberaufsicht, und es wäre gut, wenn sie vermehrt ein Auge auf die politische Neutralität legten. Aber auch Schulpflegen können apolitisch oder politisch sein. Im Unterricht müssten und sollen die Lehrkräfte eine ausgewogene Darstellung und Diskussion organisieren, besonders bei politischen Inhalten sollen die Lehrkräfte im Unterricht andere nicht schlechtreden, nur weil sie Andersdenkende sind. Als Moderatoren sollten sie selbst unpolitisch bleiben. Die Fernsehendung Arena hat einmal aufgezeigt, was passiert, wenn der Moderator parteiisch ist. Wir hoffen, dass mit dieser Interpellation die Bildungsdirektion, die Pädagogische Hochschule, der Lehrmittelverlag, der Bildungsrat, die Schulpflege, die Schulleitung und die Lehrpersonen erstrebt sind, die politische Neutralität in der Volksschule hochzuhalten. Es wäre schön, wenn es dann auch klappt. Danke.

Monika Wicki (SP, Zürich): Wir haben hier eine Interpellation vor uns. Es ist eine Interpellation in einer Reihe von Vorstössen zum selben Thema. hintereinander wurden gleich vier Vorstösse eingereicht, eine Anfrage, zwei parlamentarische Initiativen und eine Interpellation. Im Grunde genommen hätte man das alles gleichzeitig behandeln können, dann hätte man etwas Zeit sparen können. Auf der Basis eines schlecht recherchierten Beitrags in der Tagespresse wurden diese vier Vorstösse von denselben Leuten eingereicht. Effizient scheint mir dies nicht gerade zu sein. Aber worum geht es bei dieser Interpellation? Wie wir gehört haben, ist es im Grunde genommen eine Anfrage, über die wir im Rat noch ein bisschen sprechen. Die Antworten des Regierungsrates sind eindeutig: Die politische Neutralität der öffentlichen Schulen ist in Artikel 116 der Kantonsverfassung verankert. Der Kanton Zürich hat in den letzten fünf Jahren keine Lehrmittel aufgrund mangelnder politischer Ausgewogenheit zurückgewiesen oder überarbeitet. Die Lehrmittel, die der Lehrmittelverlag Zürich im Auftrag des Bildungsrates entwickelt hat, sind politisch ausgewogen. Der Grundsatz der politischen und konfessionellen Neutralität verbietet es der Schule, sich mit bestimmten religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen zu identifizieren. Das heisst nicht, dass man nicht darüber sprechen darf, Neutralität ist nicht einfach Schweigen. Es geht darum, dass man sich nicht mit spezifischen Anschauungen identifiziert. Die Lehrkräfte müssen für eine ausgewogene Darstellung beziehungsweise Diskussion sorgen. Sie selber aber haben unparteiisch zu bleiben und dürfen nicht in einseitiger Weise Einfluss auf die Schülerinnen und Schüler nehmen. Dies lernen sie in ihrer Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule, die ja auch durch den

Kanton verantwortet wird. Ich selber habe in einer Dissertation als Erziehungswissenschaftlerin schweizerische Schullesebücher aus über 100 Jahren untersucht und bin zum Schluss gekommen, dass es wohl nur wenig gibt, das konservativer ist als Lehrmittel. Sie sind mehrere Jahrzehnte im Einsatz, und bis ein neues Lehrmittel geschaffen und eingeführt wird, ist es meist schon fast wieder überholt. Das ist die Realität – leider. Politisch neutral sind sie, die Lehrmittel, aber leider oft etwas konservativ. Das durch die Medien inszenierte Problem ist schlicht und einfach keines, aber immerhin haben wir darüber gesprochen – und vermutlich nicht zum letzten Mal.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Herr Bourgeois, Sie monieren und Sie schimpfen geschlagene fünf Minuten lang darüber, dass Lehrmittel im Kanton Zürich politisch gefärbt seien, dass sie linken Kampagnen untergeben seien, dass sie links ausgestaltet seien. Das ist interessant. Was sagen Sie dann dazu, ich zitiere: «Die Landwirtschaft soll sicherstellen, dass genügend Nahrungsmittel produziert werden können, um die Menschen zu ernähren. Innovationen, Erfindungen und effizientes Arbeiten sind dazu Voraussetzung. Technische Neuerung gibt es nicht nur im Bereich Handys, Computer und Spielkonsolen, auch in der Landwirtschaft hat die Digitalisierung bereits begonnen. Aber auch Pflanzenschutzmittel und Düngemittel helfen beim Anbau der Nahrungsmittel.» Dieses Lehrmittel stammt von «kiknet» und ist für die Sekundarstufe I gedacht. Jetzt frage ich Sie: Wo fangen wir an und wo hört das Ganze auf? Ist jetzt dieses Lehrmittel rechtslastig? Sollen wir jetzt auch aufschreiben und finden: Geht's eigentlich noch? Was setzt ihr den Kindern vor?

Dann ist die FDP ja immer für Eigenverantwortlichkeit. Aber hier schreien Sie nach dem Staat. Hier soll jetzt der Staat eingreifen. Wie denn bitte? Und dass jemand – das finde ich äusserst bedenklich, Herr Bourgeois –, dass jemand dann die Gesetzgebung der Nazis zu Hilfe zieht, um seine eigenen Ideen hier vorzubringen, das finde ich komplett unnötig. Besten Dank.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Wieder einmal eine Vorlage von rechts zur politischen Neutralität der Volksschule. Der Regierungsrat hat den Ball aufgenommen und eine ausführliche Antwort geschrieben. Die wichtigsten Erkenntnisse unserer Ansicht nach, wenn die Fakten nicht schon vorher bekannt waren:

Ist der Unterricht religiös oder politisch einseitig, gibt es folgende Kaskade für eine Beschwerde: Schulleitung, Schulpflege, Volksschulamt. Zweitens: Für die Sicherstellung der politischen Neutralität der obligatorischen Lehrmittel sind der Bildungsrat, die kantonale Lehrmittelkommission, das Volksschulamt und der Lehrmittelverlag zuständig. Der vom Kantonsrat gewählte Bildungsrat legt fest, welche Lehrmittel obligatorisch sind. Dabei kann der Kantonsrat durchaus einschreiten. Ich erinnere mich daran, wie wir im Kantonsrat mit meiner Unterstützung beim Fach Englisch eingeschritten sind und dieses Lehrmittel für alternativ obligatorisch erklärt haben. Drittens: Es gehört doch zum Berufsauftrag und zum Berufsethos der Lehrpersonen, dass sie für eine ausgewogene Darstellung und Diskussion bei politisch kontroversen Themen sorgen. Und ich kann ich Ihnen

versichern: Das gelingt praktisch immer. Nach drei Lektionen über die amerikanischen Präsidentschaftswahlen haben mich meine Schülerinnen und Schüler in der dritten Sek ernsthaft gefragt, ob ich nun eher Trump (*Donald Trump*) oder eher Biden (*Joe Biden*) unterstützen würde. Ich denke nicht, dass unsere Schulen ein grosses Problem mit der politischen Neutralität haben. Wenn die Interpellanten da anderer Meinung sind, möchte ich ihnen raten: Gehen Sie mit Ihrem Anliegen zu den Schulpflegern, wo Ihre Parteien ja gut vertreten sind.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Die Neutralität in der Schule ist ein hohes Gut, das wir verteidigen müssen. Ich möchte aber auch erwähnen, dass die Schule nicht nur neutral ist, sie muss auch laizistisch sein. Das stand auf jeden Fall bis 1999 in der Bundesverfassung, das heisst, Religion hat keinen Platz in der Schule. Das einfach nur zur Tour d'Horizon. Aber es geht jetzt vor allem um die Voten von Herrn Burtscher und Herrn Bourgeois, und da muss ich sagen: Es ist ja relativ kalt draussen, aber es ist mir wirklich kalt den Rücken heruntergelaufen, als ich diese Voten gehört habe. Herr Burtscher hat gesagt, eigentlich müssten die Lehrerinnen und Lehrer eine Gesinnungsprüfung machen, das wäre richtig. Das ist schon ein starkes Stück, dies hier drin zu hören. Und Herr Bourgeois, der ja immerhin noch Mitglied einer Partei ist, die die schweizerischen Bildungsinstitutionen aufgebaut hat – das war ja der grosse Kampf des Freisinns unter anderem im 19. Jahrhundert, die Volksschule, und die FDP, das muss vielleicht doch noch erwähnt werden, nennt sich ja immer noch eine liberale Partei –, was hat jetzt Herr Bourgeois hier drin gesagt? Er hat, zugespitzt, gesagt: Nur wer Dreck am Stecken hat, der ist gegen Kontrolle. Wer nichts verbrochen hat, der lässt sich kontrollieren. Das ist die Antithese des Liberalismus, Herr Bourgeois, was Sie hier gesagt haben. Wenn man frei ist, heisst das noch lange nicht, dass man sich freiwillig bis auf die Unterhosen ausziehen und kontrollieren lässt. Das ist doch die Freiheit, dass man sauber ist und sich vom Staat nicht kontrollieren lassen muss, das ist Liberalismus – und nichts anderes.

Claudio Schmid (SVP, Bülach): Ich melde mich zu Wort, weil ich von Edith Häusler wissen möchte, was sie sagen wollte. Sie führte aus, dass die Landwirtschaft Pflanzenschutzmittel in ihrer Tätigkeit einsetzt. Ja, das ist so. Ich sehe nicht ein, dass Pflanzenschutzmittel etwas Negatives wären. Es gibt sogar biologische Pflanzenschutzmittel. Ich sehe auch nicht, dass Bauern einem Lager zuzuordnen wären. In diesem Kantonsrat gibt es Bauern in fast jeder Fraktion. Auch hier sehe ich keinen Anlass für ein Schema, das Sie diesem Beruf unterstellen. Pflanzenschutzmittel haben immerhin die Menschheit weitergebracht. Wir können die ganze Welt ernähren, weil es Pflanzenschutzmittel gibt. Ich bitte dich, Edith, erzähl, was du hier für eine Sorge teilst. Danke.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg) spricht zum zweiten Mal: Ja, Entschuldigung, das mache ich sehr gerne. Es hätte mich nicht so gestört, wenn dieses Lehrmittel, diese Lehrmittelreihe – das habe ich Ihnen unterschlagen – nicht von der Syngenta

(*internationaler Agrarkonzern*) hergestellt worden wäre. Wenn Sie also monieren, dass Linke die Lehrmittel unterwandern, was ist dann damit? Und Syngenta hat dieses Lehrmittel finanziert, unter «kiknet» können Sie das nachschauen. Es wurde für die Sekundarstufe I notabene hergestellt, und Lehrkräfte, die sich für die Landwirtschaft interessieren, werden über kurz oder lang über dieses Lehrmittel, über diese Lehrmittelreihe stolpern. Das hat mich gestört. Man kann nicht das eine wollen und das andere nicht lassen. Danke.

Thomas Marthaler (SP, Zürich): Diese Interpellation hat mich sehr belustigt. Ich bin ja in den 70er-Jahren in die Schule gegangen, und 1971 wurde Oberst Alfred Gilgen vom Landesring der Unabhängigen in den Regierungsrat gewählt. Er war während 24 Jahren Erziehungsdirektor, lieber Marc, und während diesen 24 Jahren haben die deutschen Zeitungen geschrieben: In der Schweiz gibt es einen Erziehungsdirektor, der noch auf eine Gesinnungsprüfung Wert legt. Der schaut noch, dass die richtigen Leute in die Klassenzimmer kommen. Und es war auch so, dass ich etwa zehn Jahre ältere Freunde hatte, fortschrittliche Personen, die zum Teil dann das Lehrerseminar Küsnacht besucht hatten, aber trotzdem nie Schule geben konnten. Oder mein Kollege Peter Kammer, der verschiedene Publikationen geschrieben hat, der konnte auch jahrelang keine Schule geben, weder an der Mittelschule noch irgendwo, weil er ein Gesinnungstäter gewesen sein soll. Dieser liebe Gilgen hat bis 1995 die Erziehungsdirektion quasi im Griff gehabt, da war's sauber, alles in Ordnung. Da hat es natürlich sehr viele Linke gegeben, die sich dort gerne einmal ein bisschen Morgentau oder eine Auffrischung gewünscht hätten. Das ist dann ja irgendwann auch ein bisschen passiert. Im Kanton Zürich war es ja so, dass zum Beispiel Hedi Lang die einzige linke oder fortschrittliche Regierungsrätin war. Ja, liebe Freisinnige, das war die einzige Person, die für die Arbeiterschaft wählbar war. Man hat eine Person gewählt und nicht die bürgerlichen Regierungsräte. Jetzt haben wir eine neue Zeit und da lache ich natürlich, wenn ich lese, was wir für einen Gesinnungsterror in den Schulen hätten, wo sogar noch quasi die SVP diffamiert werde. Ich muss Ihnen sagen: Verschiedene Praktiken werden halt kritisch begutachtet von durchschnittlich intelligenten Menschen. Dazu muss man nicht einmal Lehrer sein. Daher überrascht es mich, dass Sie damit so grosse Schwierigkeiten haben. Ich denke, wir können dieses Thema in Ruhe ad acta legen.

Bettina Balmer-Schiltknecht (FDP, Zürich): Monika Wicki sagt, dass die politische Neutralität gesetzlich verankert sei, auch beim Lehrmittelverlag alles bestens sei und es reiche, wenn man in der Ausbildung einmal davon gehört habe. Gerne möchte ich an dieser Stelle der Debatte darum nochmals kurz auf die von uns eingereichte parlamentarische Initiative zur Neutralität von Lehrmitteln verweisen. Im Gesetz über den Lehrmittelverlag ist nicht einmal enthalten, dass Lehrmittel, über alles gesehen, politisch und konfessionell neutral sein sollen. Das wollten wir ändern, zumal hier eine echte Gesetzeslücke besteht. Aber offenbar will die Mehrheit im Ratssaal nicht einmal das. Ich frage mich ernsthaft: Wie kann

man gegen einen Passus im Gesetz für politisch und konfessionell neutrale Lehrmittel sein? In der Verfassung ist der Grundsatz der politischen und konfessionellen Neutralität wenigstens festgehalten. Aber wie mein Ratskollege Marc Bourgeois vorhin ausgeführt hat, sind tendenziöse Unterrichtsformen dennoch immer wieder anzutreffen und werden durch eine fragwürdige Selbstkontrolle kontrolliert. Eigentlich ist nicht einmal ganz klar, ob überhaupt irgendwie sichergestellt wird, dass die Grundsätze der politischen und konfessionellen Neutralität eingehalten werden. Man kann schon wegschauen und denken, alles sei gut. Aber ehrlich gesagt finde ich, dass die Prägung einer politischen Weltanschauung bei unseren Kindern keine Staatsaufgabe ist. Natürlich brauchen wir keine Bildungspolizei, aber es braucht politische Ausgewogenheit in der Schule. Wie von meinen Kollegen vorgeschlagen, würden sich zum Beispiel Fortbildungen zum Thema «politische Neutralität» anbieten. Was die religiöse Prägung betrifft, ist man ja auch sehr konsequent: Es werden alle Religionen gelehrt, und in gewissen Klassenzimmern ist nicht einmal mehr ein Jesuskreuz erlaubt; da ist man konsequent. Wenn es aber um politisch linkes oder rechtes Gedankengut geht, scheint solche Konsequenz dann plötzlich nicht mehr so wichtig. Das finde ich schade und falsch. Darum werde ich mich weiterhin dafür einsetzen, dass die Schulen und Lehrmittel, über alles gesehen, konsequent politisch neutral sind.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Ich habe jetzt sehr viel gehört über Selbstkontrolle. Die politische Ausgeglichenheit im Lehrplan 21 soll vorhanden sein, die Pädagogische Hochschule sei ausgewogen. Alles schöne Worte. Meine Erfahrung und meine persönlichen Erlebnisse zeigen einfach etwas anderes, ein etwas anderes Bild. Wenn es um die Religion geht, ja, da ist das Christentum aus den Schulzimmern verbannt. Und mein Empfinden geht beinahe dahin, dass es fast nur das Christentum ist. Wenn man aber eine andere Haltung hat: Hier werden das Berufsethos und der Berufsauftrag der Lehrkräfte so dargestellt, als wäre das eine Selbstverständlichkeit. Da denke ich manchmal: Sind denn die Lehrkräfte Übermenschen? Die sind doch Menschen wie wir alle, wie Sie und ich. Und jeder bringt seine politische Haltung und seine Interessenbindungen mit. Und ohne dass hier eine kleine Kontrolle nur im Minimum stattfindet, wird das auch seinen Weg ins Schulzimmer finden. Ich kann Ihnen sagen, ich habe eine Schwester, die Musiklehrerin ist. Sie erteilt Unterricht im Klassenmusizieren. Sie ist Musikerin und von der politischen Haltung her eher grün. Aber sie macht manchmal im Lehrerzimmer provokative Bemerkungen und bringt dann Statements von mir. Sie sagt, es sei unglaublich, welcher Hass ihr dann jeweils entgegenkomme. Unglaublich, das hätte sie nie gedacht. Und das von Lehrkräften, die an der Pädagogischen Hochschule ausgebildet sind. Dies nur von wegen Neutralität und dass das Berufsethos hier eingehalten werde. Danke.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Es handelt sich um eine Interpellation und die SVP hat heute Nachmittag freie Debatte beantragt. Der Grund ist: Mit einer Interpellation kann man, wie Sie wissen, ja nicht viel erreichen. Sie wehren sich so stark dagegen, aber eine Interpellation ist letztlich eine Interpellation. Und mit

einer langen Debatte können wir darauf aufmerksam machen, dass es in diesem Bereich eine besondere Achtsamkeit braucht, im Schulumfeld und im Schulalltag. Und diese Achtsamkeit ist schon notwendig, denn es ist nicht immer einfach, politisch neutral zu bleiben. Ich gebe mir selbst sehr, sehr Mühe und schaffe das, glaube ich, auch. Aber ich bin mir zum Beispiel bewusst, dass es, wenn ich Energiepolitik behandle, den Aspekt der Energiesicherheit, der Versorgungssicherheit gibt, und auf der anderen Seite die Gefahren, die damit verbunden sind, zum Beispiel mit einem Kernkraftwerk, die man auch erwähnen muss, und dass die politische Neutralität irgendwo dazwischenliegt. Ähnlich ist das bei einem Pausenkiosk. Es gibt Kolleginnen und Kollegen im Schulalltag, die ganz viel Wert darauf legen, wenn man einen Pausenkiosk organisiert, dass man nur nachhaltige, gesunde Produkte nimmt, die möglichst lokal sind, ganz, ganz, ganz gesund und ganz, ganz, ganz grün und keinen Abfall verursachen und so weiter. Ich persönlich würde lieber sagen, ich möchte den Schülern den Wettbewerb beibringen. Die sollen doch bitte einkaufen, was sie auch gut verkaufen können, damit sie die Klassenkasse füllen können, womit die anderen Schüler möglichst viel verdienen, sie in wettbewerbsorientierter Ökonomie ausbilden. Diese beiden Interessen müssen die Lehrpersonen auch abwägen. Ich bin politisch tätig, ich bin täglich mit diesen Dingen vertraut, aber viele Lehrpersonen sind es nicht und tappen ab und zu in eine Falle. Und dann nimmt jemand das Lehrmittel von Syngenta, und Edith Häusler ist stark betroffen. Oder jemand nimmt das Lehrmittel von einer ganz anderen Seite, zum Beispiel von der Demeter-Landwirtschaftsproduktion, und jemand anders ärgert sich sehr. In diese Fallen tappen Lehrpersonen. Darauf ein Augenmerk zu haben, kann nicht schaden. Ich selbst habe davon profitiert. Meine Lehrperson, eine geachtete Sekundarlehrperson, hat in Zeiten des Waldsterbens – mein Vater war Fahrlehrer, unsere Existenz damals war in den 80er-Jahren vom Auto abhängig – gefragt: «Hauser, wofür brauchen wir die Autos eigentlich noch?» Ich war als Jugendlicher existenziell geschüttelt, man konnte sich irgendwie nicht wehren. Natürlich, wenn man ein vifer Schüler ist, kann man das. Aber die Schüler sind irgendwie ausgeliefert in einer solchen Situation. Ich war vif, ich konnte mich wehren, ich bin ja Politiker geworden, das ist eine Folge davon. Andere können das nicht. Andere sind ausgeliefert und nehmen dann Wut mit nach Hause, und das kann es nicht sein. Es braucht eine grosse Achtsamkeit der Lehrpersonen und dazu, denke ich, können wir mit dieser Debatte aufrufen. Deshalb ist sie richtig, diese Interpellation.

Rafael Steiner (SP, Winterthur): Sie haben diese freie Debatte gewünscht, das haben Sie jetzt davon, jetzt spreche ich auch noch zu diesem Geschäft.

Selbstverständlich soll die Schule politisch neutral sein. Aber – das wurde hier nicht gesagt und das finde ich noch wichtig – auch Lehrpersonen dürfen eine politische Haltung haben und sie dürfen diese auch äussern. Selbstverständlich muss diese politische Haltung entsprechend gekennzeichnet sein und auch andere, verschiedene Positionen müssen beleuchtet werden. Wie gesagt: Neutral, aber es geht sicher nicht an, dass hier Gesinnungsprüfungen gefordert werden und Lehrpersonen völlig apolitische Menschen sein müssen. Lehrpersonen sind nicht der Papst,

wobei dieser ja auch nicht apolitisch ist. Meine Damen und Herren der SVP und FDP, wenn alles links erscheint, müsste man sich vielleicht fragen, wo man selber steht. Klimaschutz ist nicht links oder rechts, die Klimakrise ist ein Fakt. Dass man etwas tun muss, ist allen klar. Fakt ist auch, dass Sie nichts dagegen tun wollen, dadurch wird es links oder rechts. Aber der Klimaschutz an sich ist nicht links oder rechts. Auch NGO (*Nichtregierungsorganisationen*), Sie haben Amnesty International erwähnt, Herr Bourgeois: Grundrechte sind doch nicht links oder rechts. Die FDP hat in der Schweiz viel dazu beigetragen, dass die Grundrechte in der Schweiz gelten, dank Ihnen, meine Damen und Herren, haben wir viele dieser Grundrechte, Dankeschön. Aber heute ist es anders, heute sind die Grundrechte offenbar links. Das finde ich schon schwierig. Auch in Zeiten von Corona (*Corona-Pandemie*) ist das Retten von Leben offenbar politisch links. Das Problem ist hier, dass bürgerliche Politikerinnen und Politiker je länger, desto mehr ein Problem mit Fakten haben. Wissenschaftliche Erkenntnisse und Fakten gelten je länger, desto mehr als links. Das ist das Problem – und nicht die Neutralität der Schule.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Die Debatte wurde nun sehr emotional, doch der Kantonsrat soll dann handeln, wenn Handlungsbedarf vorliegt. Und schauen wir noch einmal die Fakten an: Der Grundsatz, dass die Lehrmittel neutral sind und der Unterricht neutral sein soll, steht in der Verfassung. Unsere Gesetze sind verfassungskonform auszulegen. Heute Morgen haben wir gerade wieder gehört, was wir geschworen haben, als wir das Amt angetreten haben: Auch wir haben uns nach der Verfassung zu richten, entsprechend besteht hier keine Gesetzeslücke. Wir haben auch ein System, das klare Kontrollen vorsieht. Und diese Kontrolle ist nicht der Kantonsrat. Die Lehrmittel werden durch den Bildungsrat kontrolliert, die Schulen und die Lehrer durch die Schulpflege, das steht so in unseren Gesetzen. Es besteht also kein Handlungsbedarf, hier zu schrauben. Trauen wir doch unseren Kindern zu, kritisch zu denken. Trauen wir den Eltern zu, in ihrem Daheim am Esstisch mit den Kindern zu diskutieren und ihnen ihre Perspektiven mitzugeben. Trauen wir unseren Lehrern zu, objektiv zu sein und guten Unterricht zu machen. Und zuletzt: Trauen wir doch auch unseren Kontrollorganen, nicht zuletzt den vielen Schulpflegerinnen und Schulpflegern, die aus allen unseren Parteien stammen und viel dazu beitragen, dass wir ein gutes Schulsystem haben. Vielen Dank.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Vielen Dank für Ihre Feedbacks, ich möchte gerne auf das eine oder andere eingehen:

Lieber Thomas Marthaler, du sprichst mir aus dem Herzen, ich weiss ganz genau, dass die Schule vor 40 Jahren auch nicht politisch neutral war, in eine andere Richtung nicht politisch neutral war. Und genau das meinte ich mit dem Schluss meines Votums: Der Wind kann auch mal drehen, er kann mal so und mal anders drehen, die Schule sollte das nicht beeinflussen.

Edith Häusler hat gefragt: Wo fangen wir an? Ja, das ist tatsächlich nicht ganz einfach, da gebe ich dir völlig recht. Womit ich ein bisschen Probleme habe: Ich

weiss nicht, ob du hier nicht eine Interessenbindung hast. Soviel ich weiss, unterrichtest du ja selber auch und bist auch eine Anbieterin von unterrichtsexternen Angeboten, die in unseren Augen besonders problematisch sind.

Christoph Ziegler, du sagst, es gebe ja keine Beschwerden, also sei es auch kein Problem. Es ist nun mal nicht so einfach, seine Lehrperson zu verpetzen, das kann man von den Kindern nicht erwarten und das ist sicher nicht die Lösung. Eine angemessene Lösung wäre, ich habe es erwähnt, dass man die Lehrpersonen sensibilisiert; nicht nach rechts, sondern nach neutral. Und eine andere Möglichkeit wäre, etwas im Sinne eines Whistleblowings oder so zu ermöglichen, damit man eben nicht, so wie du, Christoph Ziegler, das gesagt hast, den Dienstweg gehen und den Lehrer verpetzen muss, sondern dass man sich an eine übergeordnete Stelle wenden und sich beschweren kann. Dann hat man auch gewisse Probleme nicht, dann kann das Ganze vielleicht auch anonym ablaufen, und man hat auch die Garantie, dass es anonym abläuft.

Markus Bischoff, es ist immer schwierig, wenn ein Vertreter der AL den Liberalen den Liberalismus erklärt. Ich versuche einmal, den Unterschied zu erklären: Wenn der Staat mich als Privatperson kontrolliert, dann ist es nicht dasselbe wie wenn der Staat einen von ihm Beauftragten, also einen Lehrer oder eine Lehrerin, kontrolliert, die Geld für ihre Tätigkeiten verdienen und zu denen ich meine Kinder schicken muss. Das ist nicht ganz dasselbe, ich hoffe, du siehst den Unterschied. Das eine ist: Ich werde als Privatperson kontrolliert. Und das andere ist: Ich überprüfe, ob eine beauftragte Person das macht, was sie gemäss ihrem Auftrag zu tun hat. Und das ist nicht nur das Recht der Schule, es ist auch die Pflicht, das zu tun. Das macht sie ja in anderen Bereichen auch; soviel zum Liberalismus-Unterricht.

Zur Gesinnungsprüfung, das haben wir ja jetzt auch gehört, und Rafael Steiner hat gesagt, das könne es nicht sein, und Edith Häusler auch. Ich sage auch, das kann es nicht sein. Lehrpersonen dürfen eine politische Meinung haben, auch eine sehr ausgeprägte, das ist überhaupt kein Problem. Deswegen dürfen sie trotzdem Lehrpersonen sein, aber sie müssen sich dessen bewusst sein, was im Unterricht geht und was nicht geht, wen sie einladen können und wen sie nicht einladen können. Da bin ich also ganz bei dir, Rafael Steiner, und bei – ich glaube, es war sie – Edith Häusler.

Zusammenfassend: Wir möchten nicht, dass Organisationen wie Public Eye oder Amnesty, auch nicht die FDP und eigentlich auch nicht unbedingt Syngenta Unterricht erteilen. Wir möchten das nicht. Aber leider findet das eben heute statt. Und es findet nachweislich statt. Public Eye geht in die Schulen, Amnesty geht in die Schulen, bewirbt seine Angebote in Lehrerblättern und so weiter. Und wir möchten das nicht. Natürlich steht Amnesty International für Menschenrechte, die uns wichtig sind, aber Amnesty International unterstützt auch zum Beispiel eine Unternehmensverantwortungsinitiative mit viel Geld. Das ist nun mal nicht unpolitisch und das möchten wir nicht. Und der zweite Punkt: Es kann nicht sein, dass Schülerinnen und Schüler den Dienstweg wählen müssen, um ihre Lehrpersonen zu verpetzen, denn dann findet es einfach nicht statt. Ich finde es schade, dass hier offenbar keine Einigkeit herrscht. Besten Dank.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht, fraktionslos): Ich denke, es herrscht relativ viel Einigkeit. Das hat mich überrascht, Entschuldigung, Marc Bourgeois, da habe ich eine andere Meinung, nachdem ich dem jetzt hier zugehört habe. Es sind alle der Meinung, dass man sich als Lehrer oder Lehrerin nicht verbiegen kann. Sie haben alle eine politische Meinung, auch Ihre Lieblinge. Ich könnte jetzt einen Vorstoss machen und sagen: Wie kommt es, dass ich in der Schule einen Lehrer hatte, von dem ich nicht der Liebling war? Wahrscheinlich, weil ich die Schnauze immer offen hatte, wie auch hier. Aber das gibt es, da ist so. Ich denke, dort, wo es Exzesse gibt, dort sind die Aufsichtsbehörden zuständig, angefangen mit der Schulpflege, der Schulleitung, Frau Bussmann (*Nora Bussmann Bolaños*), die Schulbehörden, die Schulpflege, nachher und, wenn nötig, der Regierungsrat. Edith Häusler, du sprichst jetzt von einem Lehrmittel. Ich kann von einem anderen Lehrmittel sprechen. Da gibt es einen berühmten Artikel – der ist im Kanton wirklich herumgegangen – von Lucien Scherrer (*Redaktor*) in der NZZ vom 31. August 2018 über «Gesellschaft im Wandel» oder was auch immer. Da gibt es ein Lehrmittel im Kanton Zürich, das propagiert Attac (*globalisierungskritische Organisation*) und die Unia (*Gewerkschaft*). Das ist auch nicht richtig. Die Unia setzt sich nicht nur für gerechte Löhne ein, aber es ist richtig, wenn man erklärt, was eine Gewerkschaft ist. Da sind sich hier drin vermutlich wieder alle einig, dass es Gewerkschaften braucht. Aber Rafael Steiner, dagegen möchte ich mich verwehren, bürgerliche Parteien hätten ein Problem mit den Fakten: Dem ist nicht so. Ich bin ja fraktionslos. Ich nehme nicht Stellung für irgendeine bürgerliche Partei hier. Ich bin Parteimitglied der SVP, ja, und ich bleibe es auch. Aber bürgerliche Parteien hätten ein Problem mit den Fakten – also ich denke, die SP hatte zumindest sehr grosse Probleme mit den Fakten, wenn ich so an Nordkorea und andere denke. Also das ist auch ein Angriff, den es hier in dieser Debatte nicht braucht. Ich glaube, es brauchte diese Interpellation, die Regierung hat geantwortet. Und man ist sich im Klaren, dass es immer wieder, alle Jahre Auswüchse gibt, und diese Auswüchse muss man dann – wie die Pflänzchen, die halt nicht unbedingt gesunde Pflänzchen sind – zumindest korrigieren. Ich fand die Debatte gut, ich fand die Debatte sogar hervorragend. Und ganz hervorragend war das Votum von Bettina Balmer, welches ich voll unterschreibe.

Regierungspräsidentin Silvia Steiner: Ich bin wieder einmal beeindruckt über diese Debatte, in welcher Ihre individuellen Erfahrungen und persönlichen Erlebnisse aus allen Lebensbereichen eingeflossen sind. Der Gesetzgeber hat allerdings die Aufgabe, generell-abstrakte Lösungen zu gewährleisten. Und die generell-abstrakte Lösung in diesem Fall besteht in der gesetzlichen Grundlage. Der politischen und konfessionellen Neutralität der Volksschule kommt im Kanton Zürich eine sehr grosse Bedeutung zu, entsprechend ist der Grundsatz eben auch in der Kantonsverfassung und im Bildungsgesetz verankert und wird im Volksschulgesetz konkretisiert. Das ist genügende Rechtsgrundlage, und ich glaube nicht, dass wir da irgendetwas ergänzen müssen.

Vielleicht noch einmal – ein ewiges Mantra, das ich im Bereich dieser Vorstösse bereits mehrfach erklärt habe: Der Bildungsrat legt fest, für welche Fachbereiche ein Lehrmittel-Obligatorium gilt. Wir haben keine Aufsicht über jedes Papier, das in den Schulen irgendwo einfließt. Das müssen wir auch nicht. Aktuell gilt das Lehrmittel-Obligatorium in den Fächern «Deutsch», «Französisch», «Englisch», «Mathematik», «Religion, Kultur, Ethik» sowie «Natur und Technik». Der Kanton nimmt ausschliesslich in diesen Bereichen Einfluss auf die Lehrmittel. Für die Sicherstellung der politischen Neutralität sind der Bildungsrat, die kantonale Lehrmittelkommission, das Volksschulamt und der Lehrmittelverlag zuständig. In den übrigen Fächern obliegt die Lehrmittelwahl den Schulen beziehungsweise den Gemeinden. Ich möchte hier darauf hinweisen, dass diese Interpellation wie auch die zwei bereits erwähnten parlamentarischen Initiativen im Kontext einer Berichterstattung der NZZ im Jahre 2018 im Zusammenhang mit dem Lehrmittel «Gesellschaft im Wandel» zu sehen sind. Dieses Lehrmittel ist kein obligatorisches Lehrmittel auf der Sekundarstufe I im Kanton Zürich. Die Lehrmittel, die der Lehrmittelverlag Zürich im Auftrag des Bildungsrates entwickelt hat, werden als politisch ausgewogen erachtet, entsprechend wurde im Kanton Zürich bislang auch kein Lehrmittel aufgrund mangelnder politischer Ausgewogenheit zurückgewiesen oder überarbeitet. Neutralität bedeutet nicht, dass politisch kontroverse Themen oder religiöse vom Unterricht auszuklammern wären, die Lehrkräfte müssen aber für eine ausgewogene Darstellung beziehungsweise Diskussion sorgen. Dabei kann auch der unterrichtergänzende Einsatz von Angeboten Dritter sinnvoll sein, um die Schülerinnen und Schüler mit politischen und gesellschaftlichen Fragen und Auseinandersetzungen vertraut zu machen. Die Lehrpersonen selber haben unparteiisch zu bleiben und dürfen nicht in einseitiger Weise Einfluss auf die Schülerinnen und Schüler nehmen. Das ist auch Bestandteil der Ausbildung unserer Lehrpersonen an der Pädagogischen Hochschule Zürich. Neutralität entsteht also in erster Linie im Unterricht. Bestehen hier Zweifel, so greifen die bestehenden schulorganisatorischen Aufsichtswege, die heute auch schon erwähnt wurden und die sich auch bewährt haben.

Die Kritik an der mangelnden Kontrolle der Bildungsdirektion verstehe ich als Forderung nach einer Lehrmittelpolizei in den Schulen, deshalb muss diese Interpellation auch klar zurückgewiesen werden, und die Diskussion dürfte sich dann bald einmal erübrigt haben. Ich danke Ihnen.

Ratspräsident Roman Schmid: Der Interpellant hat seine Erklärung zur Antwort des Regierungsrates abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.